

29.09.2020

## **Antrag**

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

### **Landesflächen zentral managen – entbehrliche Flächen als Bauland aktivieren**

#### **I. Ausgangslage**

In Nordrhein-Westfalen ist der derzeitige Flächenbedarf vielerorts groß. Insbesondere wird dringend bebaubares Land für den Wohnungsbau, aber auch für die Erweiterung oder Ansiedlung von Betrieben, vom mittelständischen Unternehmen bis hin zum Industriebetrieb, benötigt.

Die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie attraktives und günstiges Wohnen hängen maßgeblich davon ab, dass passende Flächenangebote zeitnah zur Verfügung stehen. Gleichzeitig soll nach Möglichkeit vermieden werden, zusätzliche Flächen in Anspruch zu nehmen. Nordrhein-Westfalen unterstützt bereits seit dem Jahr 2009 mit NRW.URBAN die Baulandmobilisierung, insbesondere die Revitalisierung von Brachflächen, die früher industriell genutzt wurden. Unter der neuen Landesinitiative Bau.Land.Partner wurde das Flächenrecycling weiter professionalisiert und vorangetrieben. In Zusammenarbeit mit Kommunen werden hier wichtige und große Stadtentwicklungsprojekte angegangen.

Auf Initiative der NRW-Koalition aus CDU und FDP werden seit 2018 auch die eigenen Flächen des Landes verstärkt in den Blick genommen. Wo Flächen knapp sind, können auch Land und Bund einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie entbehrliche Flächen zum Wohnungsbau oder zur Gewerbeansiedlung freigeben. Nordrhein-Westfalen geht hier voran und setzt seinen klaren Kurs für mehr Wohnungsbau und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes fort.

Mit einem leistungsstarken und effizienten Management wird es gelingen, dass Liegenschaften des Landes, die heute und in absehbarer Zukunft für das Land entbehrlich sind, identifiziert, kategorisiert und letztlich verwertet werden. Auf diese Weise werden einerseits Entwicklungschancen an den jeweiligen Standorten genutzt. Andererseits kann auch das Land seine eigenen Bedarfe besser und frühzeitiger erkennen und managen.

## II. Beschlussfassung

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- möglichst zeitnah ein webbasiertes Liegenschaftsportal einzurichten und in Betrieb zu nehmen, das alle Liegenschaften des Landes kategorisiert und clustert.
- im Rahmen dieses Portals die Potenziale und Hemmnisse der jeweiligen Landesflächen und ihre Verwertungsmöglichkeiten auszuwerten.
- diese gewonnen Erkenntnisse zu nutzen, um vermehrt Landesflächen freizugeben und zu veräußern.
- insbesondere die Nutzung als dringend benötigtes Bauland für den Wohnungsbau (eingeschlossen studentisches Wohnen und Azubiwohnen) und als Wirtschaftsfläche für die Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen, aber auch für neue Mischformen aus Wohnen und Gewerbe zu beschleunigen und voranzutreiben.
- möglichst eng mit den Kommunen zu kooperieren, um gemeinsam möglichst zielführende und gewinnbringende Projekte auf den Weg zu bringen.
- die Eignung von landeseigenen Grünflächen für Ausgleichsmaßnahmen zu prüfen.
- das Haushaltsgesetz und insbesondere § 15 Abs. 3 dahingehend zu prüfen, ob nach dem Vorbild der Reform der Grundstücksvergabe bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Verbilligungsrichtlinie vom 27. September 2018 zielgerichtete Anpassungen möglich sind.

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff  
Daniel Sieveke  
Fabian Schrupf  
Guido Déus

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne  
Stephen Paul  
Ralf Witzel  
Bodo Middeldorf

und Fraktion